

Bekanntmachung der Gemeinde Plate

Satzung der Gemeinde Plate über die Veränderungssperre zum Bebauungsplan Nr. 23 „Energiepark Plate West“

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Plate hat in ihrer Sitzung am 04.11.2019 aufgrund der §§ 14, 16 und 17 des Baugesetzbuches (BauGB) i.V. mit § 5 der Kommunalverfassung für das Land Mecklenburg-Vorpommern (KV M-V) in den jeweils gültigen Fassungen die nachstehende Satzung beschlossen:

§ 1

Zu sichernde Planung

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Plate hat in ihrer Sitzung am 04.11.2019 beschlossen, für das Gebiet gemäß dem im Aufstellungsbeschluss festgelegten Geltungsbereich den B-Plan Nr. 23 „Energiepark Plate West“ aufzustellen.

Der Geltungsbereich des B-Plans Nr. 23 „Energiepark Plate West“ ist der Anlage 1 zu der Veränderungssperre zu entnehmen. Anlage 1 ist Bestandteil der Satzung über die Veränderungssperre.

Zur Sicherung der Planung wird für das in § 2 bezeichnete Gebiet (Räumlicher Geltungsbereich der Veränderungssperre) eine Veränderungssperre gemäß §§ 14, 16 und 17 BauGB in Verbindung mit § 5 der Kommunalverfassung für das Land Mecklenburg-Vorpommern (KV M-V) erlassen.

§ 2

Räumlicher Geltungsbereich

Der räumliche Geltungsbereich umfasst den auf das Gemeindegebiet Plate entfallenen Teil des geplanten Windeignungsgebietes Plate 17/18 aus der 2. Beteiligung zur Teilfortschreibung des Kap. 6.5 des Regionalen Raumentwicklungsprogramms Westmecklenburg (Stand 11/2018).

Der Geltungsbereich befindet sich westlich der Ortschaft Plate, im Bereich landwirtschaftlich genutzter Flächen. Der Geltungsbereich grenzt westlich an Forstflächen der Gemarkung Lübesse an. Im Süden befinden sich angrenzend landwirtschaftliche Flächen der Gemarkung Banzkow. Im Osten in Richtung der Ortslage Plate werden die Flächen ebenso landwirtschaftlich genutzt. Im Norden grenzen der Kiessandtagebau Plate West und weitere landwirtschaftliche Nutzflächen an. Der Geltungsbereich wird im westlichen Bereich durch die Bundessautobahn (BAB)14 durchquert.

§ 3

Rechtswirkung der Veränderungssperre

(1) In dem vorgenannten Satzungsgebiet dürfen

1. Vorhaben i.S. des § 29 BauGB nicht durchgeführt oder bauliche Anlagen nicht beseitigt werden; Vorhaben im Sinne des § 29 BauGB sind:

a) Vorhaben, die die Errichtung, Änderung oder Nutzungsänderung von baulichen Anlagen zum Inhalt haben, und

b) Aufschüttungen und Abgrabungen größeren Umfangs sowie Ausschachtungen, Ablagerungen einschließlich Lagerstätten;

2. erhebliche oder wesentlich wertsteigernde Veränderungen von Grundstücken und baulichen Anlagen, deren Veränderungen nicht genehmigungs-, zustimmungs- oder anzeigepflichtig sind, nicht vorgenommen werden.

(2) Wenn überwiegende öffentliche Belange nicht entgegen wirken, kann von der Veränderungssperre eine Ausnahme zugelassen werden.

(3) Vorhaben, die vor dem Inkrafttreten der Veränderungssperre baurechtlich genehmigt worden oder aufgrund eines anderen baurechtlichen Verfahrens zulässig sind, Unterhaltungsarbeiten und die Fortführung einer bisher ausgeübten Nutzung werden von der Veränderungssperre nicht berührt.

§ 4

Inkrafttreten und Außerkrafttreten

Die Satzung über die Veränderungssperre tritt mit ihrer Bekanntmachung in Kraft (§ 16 Abs. 2 Satz 2 i.V.m. § 10 Abs. 3 Satz 4 BauGB).

Sie tritt außer Kraft, sobald und soweit für ihren Geltungsbereich das Verfahren des B-Plans Nr. 23 „Energiepark Plate West“ nach BauGB rechtsverbindlich abgeschlossen ist, spätestens nach Ablauf von zwei Jahren nach dem Tage ihrer Bekanntmachung.

Eine Verlängerung der Geltungsdauer nach § 17 BauGB bleibt unberührt.

Plate, 08.11.2019

Im Original gez.
R. Radscheidt
Der Bürgermeister

Die Satzung wird hiermit bekannt gemacht.

Plate, 08.11.2019

Im Original gez.
R. Radscheidt
Der Bürgermeister

Anlage 1

